Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.
Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden von 12—1 Uhr.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Freitag, den 7. Dezember 1883. Nr. 572.

Der Kronprinz in Spanien.

Madrid, 5. Dezember. Zu dem heute stattgehabten Manöver hatten sich der König und der Kronprinz zu Pferde nach Carabanchel begeben. An dem Manöver nahmen 3 Brigaden Infanterie und Kavallerie, sowie eine Abtheilung reitender Artillerie und eine Abtheilung Gebirgsartillerie Theil. Die Truppen führten zunächst in einzelnen Regimentern mehrere Manöver aus, zu denen der König die Spezialidee angab. Ganz besonders zeichneten sich die Jäger aus, denen auch der Kronprinz seine besondere Anerkennung aussprach. Die Kavallerie machte drei brillante Attaquen, die vor dem von den hohen Herrschaften eingenommenen Aussichtspunkte endeten. Das Exerziren sämmtlicher Truppen erfolgte im Feuer. Die Königin wohnte dem Manöver zu Pferde bei, die Königin Isabella folgte im Wagen. Bei Einbruch der Dunkelheit schloß ein Vorbeimarsch in Kompagnie- resp. Eskadronsfront das Manöver, worauf sich der König mit den Mitgliedern der königlichen Familie, dem Kronprinzen und dem Prinzen Ludwig von Baiern nach dem königlichen Palais zurückbegab.

Deutschland.

Berlin, 6. Dezember. Fürst Bismarck dürfte, wie das „Deutsche Tageblatt" mitzutheilen weiß, gegen Mitte Februar nach Berlin übersiedeln. Man wird sich indeß darauf gefaßt machen müssen, den Herrn Reichskanzler in einer etwas anderen Gestalt wiederzusehen, als in der bisher historischen. Fürst Bismarck ist nicht zum Nachtheil der Widerstandskraft seines Körpers schlanker geworden und soll zur Zeit ein Gewicht von 195 Pfund haben.

— Ueber die Münchener Kirchenbau-Angelegenheit berichtet ein Telegramm von dort dem „B. T." wie folgt:

In einer lebhaften Sitzung haben nun heute auch die Gemeindekollegien die vom Magistrat vorgeschlagenen Zuschüsse von je 150,000 Mark aus Gemeindemitteln für drei katholische und eine protestantische neu zu erbauende Kirche in Berathung genommen. Die liberale Majorität mußte natürlich unterliegen im Kampfe gegen die Ultramontanen, die, in der Wahl der Mittel zur Durchbringung der Vorlage nicht wählerisch, in ihrer sattsam bekannten Weise agirten. Die Liberalen betonten gewiß mit voller Berechtigung, daß sich in den Akten der Münchener Geschichte nur bei einem einzigen Kirchenbau eine Grundlage dafür, die Mittel zum Bau von Kirchen aus der Gemeindekasse zu gewähren, nachweisen lasse. Alle Gründe, wie klar und logisch, waren natürlich umsonst. Mit 32 gegen 17 Stimmen wurde der Antrag des Magistrats angenommen.

— Zwischen Frankreich und der Schweiz ist bezüglich der Neutralität Nordsavoyens eine Verständigung erzielt worden. Der Berner „Bund" berichtet über diese Angelegenheit Folgendes:

„Eine prinzipielle Erledigung ist nicht zu Stande gekommen, wäre auch bei der gegenwärtigen unerquicklichen politischen Konstellation nicht ohne großen diplomatischen Aufwand zu erreichen gewesen. Es bleibt einstweilen bei dem Status quo ante. Frankreich, das bei den einschlägigen Verhandlungen eine sehr konziliante Stimmung bekundet hat, verzichtet auf sein Vorhaben, am Mont Vuache Befestigungen zu errichten, und wahrt der Schweiz alle aus bestehenden Verträgen fließenden Rechte."

Der „Bund" druckt gleichzeitig eine Mittheilung von „Galignani's Messenger" ab, der zufolge der Schweizer Bundesrath schon vor längerer Zeit eine Anfrage an die französische Regierung über die Befestigungsarbeiten am Berge Vuache gerichtet hat, um aber nicht den Anschein zu haben, auf eine Antwort zu dringen, habe davon nichts öffentlich verlauten lassen. Jetzt erst, da der französische Gesandte in Bern durchaus befriedigende Erklärungen gegeben hat, erfahre man von der Existenz der Note des Bundesrathes. Der Kriegsminister Campenon soll bereits Befehl ertheilt haben die Befestigungsarbeiten am Berge Vuache einzustellen.

— Wie aus London telegraphirt wird, hat nach einer Meldung aus Sidney gestern eine Konferenz von Vertretern aller englischen Kolonien in Australien stattgefunden, in welcher Resolutionen zu Gunsten einer Annektirung derjenigen Theile von New-Guinea und derjenigen benachbarten Inseln, die nicht von der niederländischen Regierung in Anspruch genommen sind, sowie zu Gunsten einer gemeinsamen Aktion behufs Herbeiführung der Annektirung und Beschaffung der dazu nothwendigen Ausgaben angenommen wurden. Gleichzeitig wurde ein Protest beschlossen gegen die Deportirung von französischen Verbrechern nach den Inseln des stillen Ozeans, die englische Regierung soll aufgefordert werden, hiergegen in Paris ernste Vorstellungen zu erheben.

— Dem Pariser „Gaulois" gehen einige, mit Vorsicht aufzunehmende Mittheilungen über neuerliche Umtriebe der Republikaner in Spanien zu. Danach hätte dieser Tage in Barcelona ein militärischer Aufstand ausbrechen sollen, welcher indeß durch die vorherige Verhaftung von neun, am meisten kompromittirten Offizieren, die sich offen zur republikanischen Partei bekennen, vereitelt worden sei. Nun befürchtet man, daß die Revolte an einem anderen Punkte zum Ausbruch gelangt. Die Anhänger Ruiz Zorrilla's, des Chefs der republikanischen Partei, sollen auf achtzehn Generale und zweiundzwanzig auf sieben Garnisonen vertheilte Regimenter zählen. Die Truppen in Barcelona sind auf alle Fälle konsignirt.

— Aus Hongkong meldet man der „Times": Der Admiral Pangyk Lin, welcher von dem chinesischen Kaiser Befehl erhalten hat, sich mit 2000 Mann an die Grenze von Tonkin zu begeben und die Lage daselbst zu untersuchen, sei in Kanton angekommen; er habe den dortigen Fremden angezeigt, daß der Krieg bevorstehend (imminent) sei; alle verfügbaren Streitkräfte zur See und zu Lande seien zusammengezogen, um Kanton zu schützen; die Franzosen seien für den Krieg verantwortlich. Derselbe habe auch die neutralen Mächte ermahnt, ihre vertragsmäßigen Verpflichtungen zu erfüllen und die Bestimmungen des Völkerrechts zu wahren.

Ausland.

Paris, 4. Dezember. Die hiesige Regierung scheint daran festhalten zu wollen, erst nach der Einnahme von Sontay und Bacninh mit China ernstlich in Unterhandlung zu treten. Wenigstens erklärt heute die „Republique Française", daß erst, wenn der Admiral Courbet sein Werk vollbracht, es an der Zeit sei, mit China zu unterhandeln, um ihm das zu geben, was es vernünftigerweise verlangen könne, und um die chinesische Provinz Yünnan durch den rothen Fluß dem Handel zu eröffnen.

Das „Comité de l'association générale d'Alsace-Lorraine" veröffentlicht wieder einen Aufruf an den Pariser Handelsstand, worin Paris an das herkömmliche Fest „unserer von dem Mutterlande (!) getrennten Provinzen" erinnert und im Namen der Wohlthätigkeit wie der politischen Solidarität zur Beihülfe an der Ausstattung des Weihnachtsbaumes im Hippodrom aufgefordert wird. Die großen Räume böten Raum für alle Mitglieder des Vereins und die Geber und zugleich für die 4000 elsaß-lothringischen Kinder, welche Geschenke erhalten sollen.

Livland, 27. November. Ueber die bisherigen Ergebnisse der Untersuchung gegen den Brandstifter D. Schwarz herrscht zur Zeit noch das tiefste Geheimniß. Wie die „St. Petersb. Ztg." erfährt, soll er 15 Brandstiftungen eingestanden haben und nach Petersburg gebracht worden sein; wie aber in Dorpat erzählt wird, soll er schon wieder von Petersburg dorthin zurückgebracht sein. Ein allerdings unzuverlässiges jung-estnisches Blatt bringt die Mittheilung, er habe im Gefängniß einen Selbstmordversuch gemacht. Verwunderung hat hier eine Nachricht der „Kreuzzeitung" erregt, daß sich in Dorpat jetzt eine freiwillige Feuerwehr gebildet habe und daß die so viel besprochenen Feuerschäden als Assekuranzbrände erkannt worden seien oder als solche noch erkannt werden würden. Nun besteht aber schon seit langer Zeit — wenn wir nicht irren, sind es volle 15 Jahre — eine freiwillige Feuerwehr in Dorpat, die 2—300 Mann zählt und über mehrere tüchtige Spritzen, worunter auch eine große Dampfspritze, verfügt. Ohne die aufopfernde Thätigkeit dieses Vereins wäre im Laufe der beiden letzten Jahre wohl auch mehr als die halbe Stadt niedergebrannt, denn außer dieser freiwilligen giebt es in ihr keine andere Feuerwehr. Richtig ist nur, daß die Einwohnerschaft durch freiwillige Beiträge ein ziemlich bedeutendes Kapital zur Besoldung von 130 der Polizei unterstellten Privatnachtwächtern aufgebracht hat, deren Unterhalt für die zunächst in Aussicht genommenen dunkeln Wintermonate gegen 11,000 Rbl (22,000 M.) kostet. Außerdem ist noch ein von Professoren, Studenten und anderen gebildeten Bürgern der Stadt besorgter freiwilliger Patrouillendienst eingerichtet worden, was schon vor zwei Jahren versucht, aber von der Regierung damals verboten wurde. Diesen außerordentlichen Anstrengungen der Gesellschaft ist es zu verdanken, daß jetzt die öffentliche Sicherheit wiederhergestellt zu nennen ist, denn unter solchen Umständen scheint es kaum mehr möglich, zwischen 10 Uhr Abends und 6 Uhr Morgens noch eine Brandstiftung auszuführen, und so herrscht denn seit mehreren Wochen der in Dorpat ungewöhnliche Zustand, daß kein einziger

Feuilleton.

Das Leben der Großherzogin Alice.

(Fortsetzung.)

Ein Brief vom 22. Januar 1876, aus Darmstadt datirt, lautet:

. . . . „Gestern Morgen kam Ernie zu mir herein und sagte: „Mama, ich hatte einen wundervollen Traum, soll ich ihn Dir erzählen? Mir träumte, ich sei todt und in den Himmel gekommen, und dort hätte ich den lieben Gott gefragt, ob er mich Frittie nicht wieder haben lassen wollte, und er kam zu mir und nahm meine Hand. Du warst zu Bett und sahst ein großes Licht und warst so erschrocken und sagtest: „Es ist Ernie und Frittie." [illegible] so erstaunt. Die folgende Nacht gingen Frittie und ich mit einem großen Lichte zu den Schwestern." — Ist es nicht rührend?" . . .

Am 23. Juni desselben Jahres schreibt die Prinzessin an die Mutter:

. . . . „Gestern sprach der Kaiser Alexander mit mir, indem er sich aufrichtig freute, daß die politischen Verwickelungen einer friedlichen Lösung entgegen gingen. „Sagen Sie Mama noch einmal, wie es mich freut, zu wissen, daß sie auf den Frieden bedacht ist. Wir können und wir wollen uns nicht mit England veruneinigen; man müßte ein Thor sein, wollte man an Konstantinopel oder an Indien denken?" Die Thränen standen ihm in den Augen, und er schien so bewegt, als sei ihm eine furchtbare Last abgenommen worden; es schien ihm auch lieb wegen Marie und Affie, daß die Dinge wieder ins rechte Geleise kommen.

Ich dachte an Dich — 39 Jahre nicht zu beneidender Herrschaft, es sei denn um der Dienste willen, die man seinem Vaterlande und der Welt im Allgemeinen in solch' einer schwierigen Stellung leisten kann. Privatpersonen sind natürlich bei Weitem am besten daran; — unsere Vorrechte enthalten mehr Pflichten als Vortheile, und ihr Nichtvorhandensein würde keine Entbehrung sein im Vergleich zu dem ungeheuren Gewinne, sein eigener Herr zu sein und auf gleichem Fuße mit den meisten Leuten zu stehen, im Stande zu sein, die Menschen und die Welt zu kennen, wie sie sind, und nicht nur wie es ihnen gefällt, sich uns zu zeigen, um uns zu gefallen . . ."

Auch ein Brief vom 5. Juli, der eine Unterhaltung mit dem Fürsten Gortschakoff enthält, mag hierher gesetzt werden. (Wir geben die Aeußerungen des russischen Kanzlers, die in französischer Sprache in dem Briefe enthalten sind, in deutscher Sprache wieder):

. . . . „Wir dinirten gestern mit Onkel Louis, dem Kaiser und dem Großherzoge von Weimar in Seeheim. Der Kaiser sagte mir, er habe Dir geschrieben; aber Fürst Gortschakoff schien nicht ganz heiter zu sein und sagte zu mir: „Ich kann Ihnen aufrichtig sagen, daß ich England groß, stark und entschieden in der Politik wünsche, so entschieden, wie es Canning und die großen Staatsmänner waren, die ich in England vor vierzig Jahren kennen gelernt habe. Rußland ist groß und stark; wenn England es auch ist, haben wir nicht nöthig, unsere Aufmerksamkeit all' den Kleinen zuzuwenden." Er sagte, wir machten unsre auswärtige Politik und Depeschen für das Blaubuch und keine offene, entschiedene Politik — vor dem Hause der Gemeinen und der Welt. Es dürfte Dich interessiren, diese Ansicht zu hören, weil sie die Stimmung seiner Politik kennzeichnet."

Im Januar 1877 starb der Vater des Prinzen Louis, der Prinz Karl von Hessen, und dieser Tod des Schwiegervaters, den sie innig liebte, erschütterte die Prinzessin tief. Bald darauf erkrankte der einundsiebzigjährige Großherzog und sein Hinscheiden machte den Prinzen Ludwig zum Großherzog von Hessen. In dieser Zeit fand ein lebhafter Austausch von Briefen und Depeschen zwischen der Prinzessin und ihrer Mutter statt. Diese Briefe und Depeschen lauten:

Darmstadt, 7. Juni 1877.

. . . . „Wir machen eine furchtbare Prüfung durch. (Erkrankung des Großherzogs Ludwig III. D. Red.) Den ganzen Montag und die Nacht darauf — bei einer unbeschreiblichen Hitze — wurde das Schlimmste befürchtet. Jetzt ist eine leichte Besserung eingetreten; ob es damit bis morgen anhält, ist zweifelhaft. Er ist immer bei sich und macht seine kleinen Scherze, aber der Puls ist sehr schwach und setzt aus . . . Ich war heute früh mit Louis dort . . .

Die Fragen, lange Unterredungen zwischen Louis und einigen Personen in Bezug auf die bevorstehenden Verwicklungen und Schwierigkeiten über alles Das, was uns sofort zufallen soll, sind wirklich schrecklich und ich tauge eben gar nicht dazu! Die Verwirrung wird fürchterlich . . .

Ich fürchte mich vor Allem, und besonders vor der Verantwortlichkeit, überall die Erste zu sein — und die Leute sind nicht „bienveillant".

Ich lasse Dir Nachrichten zukommen, sobald ich kann; aber ich bin ganz fertig — ich werde nicht im Stande sein, so Vieles selbst zu thun.

Ich weiß, daß in einer so schweren Zeit Deine Gedanken und Wünsche bei uns sind. — Gott gebe, daß wir in allen Dingen recht thun" . . .

(Telegramm.) 7. Juni.

„Wir sind im Begriff, nach Seeheim zu gehen, da große Schwäche eingetreten ist. — Alles, was vor uns liegt, bedrückt mich so schwer, und ich fühle mich gar nicht wohl".

Alice.

(Telegramm.) Seeheim, 13. Juni.

„Der theure Onkel Louis ist nicht mehr. Wir kamen zu spät."

(Telegramm.) Darmstadt, 13. Juni, 6 Uhr Abends.

„Solcher Andrang von Geschäften und so viele Entscheidungen zu treffen. Fühle mich sehr ermüdet."

(Telegramm.) 15. Juni.

„Wir sind Beide übermüdet. Die Ueberhäufung mit Geschäften aller Art und mit Entschlüssen ist bei der neuen Verantwortlichkeit so angreifend."

Inzwischen war der russisch-türkische Krieg ausgebrochen. Am 25. Juli 1877 schreibt die nunmehrige Großherzogin Alice aus dem Seebade Houlgate an ihre Mutter:

„Ich verfolge so lebhaft wie irgend Jemand in England die Fortschritte der Russen, und mit herzlicher Abneigung — sie können niemals Helfer gegen geschehenes Unrecht, noch Beförderer der Zivilisation und des Christenthums sein.

Was ich befürchte, ist — selbst wenn sie Konstantinopel nicht nehmen und jetzt keine großen Forderungen als den Preis ihrer Siege stellen —, daß die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens aus diesem Lande dasselbe machen wird, was Rumänien jetzt für Rußland gewesen ist, und deshalb werden sie in weiteren zwanzig Jahren Alles bekommen, was sie haben wollen, — es sei denn, daß die anderen Mächte in so später Stunde das noch ändern können. Es wäre schlimm für England, für Oesterreich und für Deutschland, wenn dieses russisch-slavische Element in Europa überwiegen sollte, und die anderen Staaten müssen früher oder später von dem Standpunkt der Selbsterhaltung aus dagegen handeln.

Was sagen jetzt die Freunde der „Atrocity meetings?" Wie haben sie der Regierung ihre Aufgabe erschwert, und wie blind sind sie gewesen. Alles Dies muß Dir beständig Sorge und Aufregung verursachen.

Die Kinder sind hier so glücklich, — die See thut ihnen wohl. Ich bin sehr wohl, daß ich sie hergebracht habe." . . .

(Schluß folgt.)

Feuerschaden stattgefunden hat. An Brandstiftungsversuchen hat es freilich auch jetzt nicht gefehlt, aber ihre Zahl war doch verhältnißmäßig gering und ihre Ausführung offenbar so hastig, daß sie ausnahmslos mißlangen oder sofort entdeckt wurden. Also nicht eine Feuerwehr, die schon längst besteht, sondern ein freiwilliger nächtlicher Wachtdienst ist eingerichtet worden. Mit der andern Nachricht ist das genannte Blatt offenbar absichtlich getäuscht worden, wobei zu beachten ist, daß die offizielle Feststellung nihilistischer Umtriebe in den Ostseeprovinzen gewissen Kreisen allerdings außerordentlich unwillkommen und peinlich sein würde. Obgleich die gewohnten Feuerschäden seit einigen Wochen aufgehört haben, so ist die Einwohnerschaft Dorpats doch durch andere Verbrechen beunruhigt worden, zu denen auch eine Denkmalszerstörung gehört. In den Parkanlagen des Dombergs stand bisher eine große Bronzestatue, den „Vater Rhein“ mit seinen Nebenflüssen Neckar, Main und Mosel darstellend. Dieses Denkmal war der russischen und jung-estnischen Presse schon längst ein Dorn im Auge und bereits früher verschiedenen beschimpfenden und verunzierenden nächtlichen Attentaten ausgesetzt. Neuerdings nun vernahm man eines Abends um 7 Uhr einen außerordentlich heftigen Knall, und es stellte sich heraus, daß das Denkmal durch irgend einen Sprengstoff vom Sockel herabgeschleudert und durch Risse und Brüche erheblich verletzt worden war. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, war schon etwa drei Wochen vorher an einem andern Orte mitten in der Stadt und in der belebtesten Straße ein besonderer Apparat — wenn wir nicht irren, eine elektrische Batterie nebst Leitung — entdeckt worden, dessen Bestimmung nur sein konnte, eine Pulvermine zu entzünden. Die mit dem Aufstellen des Apparats beschäftigte Person wurde bei dieser Thätigkeit gestört, ohne jedoch ergriffen oder erkannt zu werden. Auch dieser Vorfall ist der öffentlichen Kenntniß sorgfältig vorenthalten worden.

London, 5. Dezember. Nach einer Meldung der „Times“ aus Khartum befindet sich ein verwundeter Offizier der egyptischen Armee in El Obeid.

Provinzielles.

Stettin, 7. Dezember. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten fand zunächst durch Herrn Oberbürgermeister Haken die Einführung und Verpflichtung des zum unbesoldeten Stadtrath gewählten Herrn Kürschnermeister Steidel statt. In der Anrede hob der Herr Oberbürgermeister hervor, daß Herr Steidel aus einer städtischen Behörde in die andere trete, er also keine neue Beschäftigung finde, sondern dieselbe Arbeit als bisher, nur anders vertheilt. Damit verband der Redner den Wunsch, daß Herr Steidel auch in seiner neuen Stellung dasselbe Interesse für die Stadt zeigen möge, wie er dies als Stadtverordneter stets gethan. Und ihm selbst wünsche er die Lust und Freudigkeit zu bewahren, welche zum Gedeihen der Arbeit erforderlich sei. — Nachdem auch der Vorsteher den neu gewählten Stadtrath beglückwünscht hatte, dankte Herr Steidel in kurzen Worten und wurde demnächst in die Tagesordnung eingetreten.

In die Kommission zur Schätzung für etwaige durch Viehseuchen entstehende Schäden wurden die bisherigen Mitglieder derselben, Eigenthümer Peter, Viehhalter Clausen, Fleischermeister Jansen und Viehhalter Janott wiedergewählt. — Zum Mitgliede der 18. Armen-Kommission wird Herr Eigenthümer Elsholz und zum Vorsteher-Stellvertreter für den 11. Stadt-Bezirk Herr Kaufmann Max Metzler gewählt.

Zur Vermiethung der Bodenmeisterwohnung im Speichergrundstück Fürstenstraße 2 vom 1. April n. J. auf 5 Jahre für 1012 Mk. pro Anno und zur Vermiethung des Platzes Nr. 28 am Dunzig und der Möllenwiese Nr. 1 für die Jahrespacht von 600 Mk. vom 1. April n. J. ab auf 6 Jahre wird der Zuschlag ertheilt. — Für die Renovirung der Direktorwohnung in der Friedrich Wilhelmschule werden 800 Mk. nachbewilligt und ein Antrag des Referenten, Herrn Decker, angenommen, den Magistrat zu ersuchen, bei größeren Reparaturarbeiten stets vorher einen Kostenanschlag anfertigen zu lassen; ferner werden die Kosten für die Vertretung der Konrektorstelle der Barnimschule auf das Wintersemester 1883—83 mit 468 Mark bewilligt.

Dem Vorschlage des Magistrats, die zur Deckung der Ausgaben für das Extraordinarium zum 1. Januar 1884 zu begebenden Stadtobligationen in Höhe von 200 000 Mark der Sparkasse für den Preis von $100\frac{1}{2}$ Prozent zu überlassen, wird zugestimmt und zur Stempelung der Obligationen 200 Mk. bewilligt.

Auf die Vorstellung des Magistrats hat sich die königliche Polizeidirektion bereit erklärt, den Termin für die Beseitigung der Ofenklappen bis zum 1. Juli 1885 hinauszuschieben. Die Versammlung nimmt hiervon Kenntniß.

Mit der Ermäßigung des Zinsfußes auf $4\frac{1}{2}$ Prozent für ein auf dem Grundstück Petersilienstr. 1 eingetragenes Kapital erklärt sich die Versammlung einverstanden. — Zur Verbreiterung der Oberwiekstraße ist es nöthig daß von dem Grundstück Nr. 87, der Frau Rückforth gehörig, zwei Vorbauten fortgenommen werden. Nach längeren Verhandlungen zwischen der Besitzerin und dem Magistrat hat sich erstere bereit erklärt, das zur Straßenverbreiterung erforderliche Terrain in Größe von 98 Qm. für den Preis von 4500 Mk. an die Stadt abzutreten. Die Bau-Deputation hat sich damit einverstanden erklärt und auch die Versammlung giebt ihre Zustimmung.

Bereits in letzter Sitzung beschäftigte die Versammlung eine Vorlage betreffend die Abänderung des Bebauungsplans von Grünhof dahin, daß die Durchlegung der Gartenstraße unterbleibt und der projektirte Platz E in dem Plan gestrichen würde, ferner einem Abkommen zuzustimmen, daß diejenigen Theile der Wrangel- und Neuenstraße, welche auf dem Grundstück der Bürger-Ressource liegen, der Stadt überlassen werden. Die Versammlung beschloß in letzter Sitzung, die Beschlußfassung über die Vorlage noch zu vertagen und erst den Mitgliedern der Versammlung durch Auslegung der Pläne Gelegenheit zu geben, sich näher zu orientiren. Die Pläne haben auch während 8 Tage ausgelegen, es hat jedoch nur ein Mitglied Einsicht davon genommen. Gestern beantragte der Referent, Herr Decker, sich mit den Vorschlägen des Magistrats einverstanden zu erklären, da der Bebauungsplan durch die Abänderung wesentliche Verbesserungen erhält und auch große Kosten erspart würden, ebenso erwachsen der Stadt durch das Abkommen mit der Bürger-Ressource keine Nachtheile.

Herr Domke ist mit der Abänderung des Bebauungsplans einverstanden, dagegen kann er sich mit dem weiteren Antrage nicht einverstanden erklären, da derselbe nur der Bürger-Ressource Vortheile bietet, die Stadt dagegen in eine Zwangslage bringt. Redner beantragt, sich mit der Verlegung der Theile der Wrangel und Neuenstraße, sowie mit der Aufgebung des Platzes E im Prinzip einverstanden zu erklären, sich aber nicht damit einverstanden zu erklären, daß die Durchführung der Gartenstraße ein für alle Male aufgegeben werde. Der Magistrat soll ersucht werden, auf dieser Grundlage mit der Bürger-Ressource weiter zu verhandeln.

Herr Stadtbaurath Kruhl hält es nicht für gefährlich, wenn die Durchführung der Gartenstraße aufgegeben werde, da die Gartenstraße nicht zu den vielbewohnten Straßen gehört, sondern nur einigen bemittelten Herren zur Aufschlagung eines Ruhesitzes dient. Redner bittet der Magistratsvorlage zuzustimmen und auch Herr Dr. Dohrn tritt für dieselbe ein.

Herr Graßmann spricht sich entschieden gegen die Magistratsvorlage aus, weil bei Genehmigung derselben die schönsten jetzt in jener Gegend befindlichen Ausgangspunkte verloren gingen und der Schönheitssinn in schwerster Weise beleidigt würde.

Herr Döring tritt in ziemlich heftiger Weise gegen die Ausführungen des Herrn Domke auf und empfiehlt die Magistratsvorlage zur Annahme. — Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen und bei der Abstimmung der Antrag des Herrn Domke abgelehnt und die Magistratsvorlage mit großer Majorität angenommen.

Auf Anregung des Herrn Ministers des Innern hatte sich der Herr Regierungs-Präsident zu Anfang d. J. an den Magistrat gewandt und demselben anheimgestellt, ob er dem Pfennig- oder Großen-Spar-System näher treten wolle; der Magistrat verhielt sich jedoch ablehnend. In einem Erlaß vom 30. April des Herrn Regierungs-Präsidenten wurde dem Magistrat demnächst nochmals empfohlen, sich mit der hier früher bestandenen Pfennigsparkasse in Verbindung zu setzen. Auch diesem Vorschlag gegenüber verhielt sich der Magistrat ablehnend. Hierauf wurde auf Grund eines Berichtes des Kuratoriums der Pfennigsparkasse nochmals dem Magistrat anheimgestellt, die Pfennig Sparkasse mit der Sparkasse zu verbinden. Der Magistrat trat nochmals der Sache näher, verhielt sich aber wieder ablehnend, dagegen beschloß der Magistrat, bei der Sparkasse fortan Einlagen von 50 Pfg. zuzulassen und die Verzinsung der Einlagen fortan von dem Tage der Einzahlung bis zum Tage der Auszahlung eintreten zu lassen. — Die Sparkassen-Deputation konnte sich jedoch mit der Verzinsung vom Tage der Auszahlung an nicht einverstanden erklären und so trat der Magistrat auch von diesem Theil seines Beschlusses wieder zurück und brachte gestern nur eine Vorlage ein, in welcher um Zustimmung gebeten wird, daß fortan Einzahlungen von 50 Pfg. an bei der städtischen Sparkasse angenommen werden. Ueber die Vorlage referirt Herr Justizrath Bohm; derselbe ist gegen dieselbe, weil durch den Vorschlag des Magistrats dem Prinzip der Pfennigsparkassen in keiner Weise entgegen gekommen wird. Das Prinzip der Pfennigsparkasse beruhe darauf, dem Sparsinn der ärmeren Klassen möglichst entgegen zu kommen. Gerade die ärmere Klasse habe nicht immer Zeit, mit ihren Sparpfennigen bis zur städtischen Sparkasse zu gehen, es müsse derselben daher Gelegenheit gegeben werden, auch ganz kleine Summen an solchen Stellen niederzulegen, welche in ihrer Nähe liegen und ihnen sofort zur Hand sind. Solche Stellen seien von dem Magistrat in Königsberg und Elbing eingerichtet worden und zwar ca 200 Stellen in den verschiedenen Stadttheilen. Diesem System des Sparens würde durch die Herabsetzung der Einlagen von 1 Mk. auf 50 Pfg. entgegengekommen und deshalb beantragt der Referent, die Vorlage des Magistrats abzulehnen.

Herr Stadtrath Bock erklärt, daß der Magistrat der Verbindung der früher hier bestehenden Pfennig-Sparkasse mit der Sparkasse nach den Berichten der Vorsteher der Sparkasse nicht zustimmen konnte, jetzt sei eine solche Verbindung unausführbar, da bekanntlich die Pfennig-Sparkasse aufgelöst sei. Der Magistrat glaubt aber auch, daß schon durch die Herabsetzung der Einlagen auf 50 Pfg. der ärmeren Klasse Gelegenheit gegeben ist, den Sparsinn zu vermehren.

Herr Dr. Wolff bedauert, daß der Versammlung nicht Kenntniß von den Berichten der Vorsteher der Sparkasse gegeben sei, welche Herr Stadtrath Bock erwähnt habe. Was die Pfennig-Sparkassen betreffe, so hält es Redner nicht für möglich, diese Kassen so durchzuführen, wie dies beabsichtigt worden sei, die Kassen müssen in sich zu Grunde gehen, weil sie die Kosten nicht decken können. Aber eine allgemeine Reform der Sparkasse könne herbeigeführt werden und vor Allem müßten die Annahmestellen vervielfältigt werden und stellt Redner den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, demnächst eine Vorlage wegen Reform der Sparkasse einzubringen und dabei möglichst Bedacht zu nehmen, daß die Annahmestellen der Sparkasse vermehrt und die Minimalbeträge der Einsätze ermäßigt werden.

Herr Oberbürgermeister Haken erwähnt als einen der Gründe, welchen die Vorsteher der Sparkasse gegen die Pfennigsparkasse vorgebracht, die Unzweckmäßigkeit des ganzen Verfahrens. Die Einleger gehörten theilweise nicht zu der ärmeren Klasse, sondern zu den Vermögenden. In den Städten, in welchen bisher Pfennigsparkassen eingerichtet seien, liege die Leitung meist in den Händen von Vereinen. Wollten die städtische Sparkasse ihre Kasse nach den Prinzipien der Pfennigsparkasse erweitern, so würden sich nicht nur die Kosten, sondern auch die Verantwortung in ganz erheblicher Weise steigern. Der Magistrat habe bereits eingehend berathen, um einen Weg zu finden, wie eine Erleichterung für die ärmere Klasse in Betreff der Sparkasse gefunden werden könne, bis jetzt sei aber Nichts gefunden worden, was eine erhebliche Verbesserung herbeiführen könne.

Herr Graßmann hebt hervor, daß nach den hier gemachten Erfahrungen die Durchführung von Pfennigsparkassen von Privatpersonen nicht möglich sei, die Ansprüche an Zeit, Arbeitslust und Kosten würden schließlich zu einem Opfer, das mit der Zeit unmöglich aufgebracht werden könne. Daran sei auch die hiesige Pfennigsparkasse gescheitert, durch dieselbe sei aber festgestellt worden, daß hier ein Bedürfniß für eine solche Kasse vorhanden sei und im Interesse der ärmeren Bevölkerung sei es Pflicht, daß dies System auch hier eingeführt würde. Dies lasse sich jedoch nicht in der Versammlung bewirken, deshalb stellt Redner den Antrag, eine Kommission zu wählen, welche sich mit der Reform der städtischen Sparkasse möglichst nach dem System der Pfennigsparkassen beschäftige.

Nachdem Herr Dr. Amelung den Dr. Wolff'schen Antrag im Wesentlichen unterstützt, schildert Herr Petermann seine Erfahrungen als Mit-Kurator der hier bestandenen Pfennigsparkasse. Nachdem dieselbe begründet worden sei, habe die ärmere Bevölkerung Mißtrauen gezeigt, später habe dieselbe auch ihre Sparpfennige zur Kasse gebracht, aber bald hätten die Kuratoren ein Haar darin gefunden, dieselben hätten nicht nur Geld und Zeit geopfert, sondern auch den größten Undank geerntet. Wenn in der Versammlung davon gesprochen sei, der Magistrat möge eine städtische Pfennigsparkasse einrichten, so erklärt Redner, daß dies nach den von ihm gemachten Erfahrungen ganz unmöglich sei. Durch die Einrichtung einer solchen Kasse würde der Etat für die Beamten sicher um 300 000 Mk. steigen und trotzdem würden nicht alle Wünsche erfüllt werden können. Auch das Beamtenpersonal der städtischen Sparkasse eigne sich nicht für eine Pfennigsparkasse, denn wenn die Beamten auch nicht gerade grob zu nennen wären, so könne man sich doch nicht über allzu große Zuvorkommenheit beklagen und dies schrecke die ärmere Klasse ab. Redner empfiehlt schließlich, alle gestellten Anträge, sowie die Magistratsvorlage abzulehnen.

Es entspinnt sich, nachdem ein Schlußantrag angenommen, nochmals eine längere Debatte, bis schließlich der Graßmann'sche Antrag angenommen wird.

Stettin, 7. Dezember. Der heftige Schneesturm, der in der Nacht zum Mittwoch wüthete, hat, wie die „N. St. Ztg.“ meldet, leider auch Opfer von Menschenleben erfordert. Der schon bejahrte Fischer August Kind aus Köpitz hatte sich am Dienstag Abend in Gemeinschaft mit seinem Sohne Karl und dem ebenfalls schon hochbetagten Matrosen Christian Jäger mit seinem Boote zum Fischfang auf das Haff begeben. Sie wurden vom Schneesturm überrascht und ihr Boot nach der Stepenitzer Bucht verschlagen, wo es mit Heftigkeit gegen das Land geworfen wurde und sich mit Wasser füllte. Den drei Insassen gelang es durch gegenseitige Hülfeleistung, festen Boden zu gewinnen, und sie suchten nun den schützenden Wald, den sogenannten Kienort zu erreichen, hoffend, hier wenigstens trockenes Land und einigermaßen Schutz gegen den Sturm zu gewinnen, denn so weit sie blicken konnten, war alles überschwemmt. Um zu dem Kienort zu gelangen, hätten sie eine über einen breiten Graben führende Brücke passiren müssen, aber auch diese war überschwemmt und wie sie sich bald überzeugten, trotz allen Suchens nicht aufzufinden. Den Aermsten blieb also nichts übrig, als tief im Wasser stehend abzuwarten, ob sich vielleicht irgend eine helfende Hand ihnen zufällig nahe. Unablässig stießen sie Hülferufe aus und es kam denn auch schließlich ein Fischer, der mit seinem Fahrzeug ebenfalls dorthin verschlagen war. Er konnte aber nur den alten Kind aufnehmen und versprach, den andern Beiden, bei denen sich die Einwirkungen der Kälte schon bedenklich fühlbar machten, Hülfe zu senden, sobald er Stepenitz erreicht habe. Dies geschah denn auch; ein Boot wurde ausgesandt und mit Allem ausgerüstet, was zur ersten Hülfeleistung für die beiden Unglücklichen nothwendig erschien. Als man sie jedoch fand, waren sie bereits völlig erstarrt, und trotz aller sofort angewandten Mittel verschieden sie noch unterwegs im Boote. — Glücklicher waren drei andere Fischer, ebenfalls aus Köpitz. Sie wurden bis zur Krampe verschlagen, wo sie Schutz fanden. Gestern Abend erreichten sie ihren Heimathsort wieder, wo sie mit großem Jubel empfangen wurden, da man sie bereits todt geglaubt hatte. Eine große Anzahl anderer Fischer hat während der verhängnißvollen Nacht in der Stepenitzer Bucht Schutz gefunden. Einer von ihnen will auf dem Papenwasser in der Nähe von Ganserin ein unbekanntes gekentertes Boot haben treiben sehen. Gegenwärtig ist das Wasser im Revier im langsamen Fallen begriffen.

— Die Hebamme Fleischfresser, geb. Schultz in Bredow, leidet an einer eigenartigen Krankheit, gegen welche wohl aber alle Medikamente und Mixturen ohne Erfolg sein dürften. Die Frau geräth nämlich beim Anblick einer Beamtenmütze in hochgradige Wuth und schlägt wie wahnsinnig auf den Beamten ein. Dies hatte zur Folge, daß sie schon einmal von dem Herrn Kreis-Physikus wegen ihres Geisteszustandes untersucht wurde, es ergab sich aber, daß sie bei voller Geistesschärfe und wurden nun mehrere Anklagen wegen Widerstandes und Körperverletzung gegen sie erhoben. So hat sie Ende v. J. den Vollziehungsbeamten Burgemeister fast 2 Stunden in einer Stube eingesperrt und ihn mit einem Revolver bedroht, deshalb schwebt Untersuchung vor der Strafkammer des Landgerichts, am 23. Februar d. J. hatte derselbe Beamte bei Frau Fleischfresser Schulstrafe einzuziehen und da er das renitente Wesen der Frau nun bereits kannte, nahm er einen zweiten Beamten mit. Doch diese Vorsicht nutzte nicht viel, beide Beamten mußten vor den Zornausbrüchen der Frau das Feld räumen, und einem derselben wurde sogar der Bart zerzaust und der Rock zerrissen. Deshalb war Anklage wegen Widerstandes und Körperverletzung erhoben und stand bereits vor einigen Wochen vor dem Schöffengericht Termin an, die Angeklagte war aber ausgeblieben und wurde die Verlegung der Sache und Vorführung der Angeklagten beschlossen. Gestern war abermals Termin anberaumt und der Polizeisergeant Dinse mit der Vorführung von Frau F. beauftragt. Derselbe begab sich Morgens in Zivilkleidern in die Wohnung derselben und um sie gutwillig zur Begleitung zu bewegen, sagte er ihr, sie solle mit zu einer Entbindung. Auf der Straße bemerkte sie jedoch, daß sie zum Gericht sollte und nun richtete sie ihre Wuth wieder gegen den sie begleitenden Beamten, welchen sie derartig mit ihren Fingernägeln bearbeitete, daß sein Gesicht stark blutende Risse davontrug. Trotzdem gelang es ihm, die renitente Frau bis zum Gericht zu schaffen, hier zeigte sich dieselbe ruhiger und war schließlich auch mit der wegen des Vorfalls vom 23. Februar gegen sie erkannten Strafe von 3 Wochen Gefängniß zufrieden und trat dieselbe sofort an.

— Am Sonnabend Abend findet im Reichsgarten zum Besten einer nothleidenden Familie ein humoristischer Herrenabend statt, der, nach seinem uns vorliegenden Programm zu schließen, außerordentlich heiter und unterhaltend zu werden verspricht. Es betheiligen sich an den Vorträgen sehr begabte Kräfte. Da das Entree nur 50 Pf. beträgt, dürfte der Veranstalter dieser wohlthätigen und wahrscheinlich auch wohlthuenden Abendunterhaltung zahlreichen Besuchs sicher sein.

Köslin, 6. Dezember. Bei der heute stattgefundenen Wahl eines Landtagsabgeordneten für den 4. Kösliner Wahlbezirk an Stelle des früheren Kriegsministers, Generals von Kameke, wurde der konservative Kandidat Amtsrichter v. Unruh in Köslin mit 113 gegen 107 Stimmen gewählt, welche auf den nationalliberalen Kandidaten Landgerichtsrath Hildebrandt in Köslin entfielen.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Lohengrin.“ Große Oper in 3 Akten.

Telegraphische Depeschen.

München, 6. Dezember. Das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten ist heute dem Magistratsbeschlusse, einen Zuschuß von 630,000 Mk. aus Gemeindemitteln für die Erbauung von 3 katholischen Kirchen, einer protestantischen Kirche und einer Synagoge zu bewilligen, beigetreten.

Nürnberg, 6. Dezember. Dem „Fränkischen Kurier“ zufolge gilt nach den bisherigen Ergebnissen die Wahl des freikonservativen Kandidaten baierischen Ober-Regierungsraths Frhrn. v. Aufseß zu Berlin für den Reichstagswahlkreis Forchheim-Kulmbach als gesichert.

Petersburg 6. Dezember. Laut Hofansage wird am 8. Dezember, als am Tage des Georgsfestes, die Beerdigung der Großfürsten Peter Nikolajewitsch und Georg Michailowitsch stattfinden, wozu die Hofchargen, die Georgsritter, die Generalität und das Offizierkorps ins Winterpalais befohlen sind.

Konstantinopel, 5. Dezember. In der Vorstadt Haskiöi, welche von Türken und Juden bewohnt wird, brach heute früh Feuer aus, welches den ganzen Tag über fortdauerte. Von etwa 100 Häusern wurde eine große Anzahl zerstört.

Konstantinopel, 6. Dezember. Der gemeldete Brand in der Vorstadt Haskiöi ist nach achtstündiger Dauer bewältigt. Der Schaden ist bedeutend größer als ursprünglich angenommen worden. Auf Befehl des Sultans wurden in das heimgesuchte Stadtviertel mehrere Wagenladungen Brod gesandt.

Madrid, 6. Dezember. Einer amtlichen Meldung zufolge ist die deutsche Glattdeckkorvette „Olga“ mit Sr. k. Hoheit dem Prinzen Heinrich von Preußen an Bord in San Jago auf Kuba angekommen und soll am 22. Dezember in Havana eintreffen.

Hongkong 6. Dezember. (Telegramm des „Reuter'schen Bureaus“.) Einer Meldung aus Tientsin zufolge verweigert die chinesische Regierung, ihre Ansprüche in Betreff Tongkings zurückzuziehen oder abzuändern.